



Niedersachsen-Echo

Nachrichten und Informationen aus dem Landesverband



AKTUELLES

SoVD-Landesverband setzt sich für inklusive Bildung ein

VERANSTALTUNGEN

Kreis- und Ortsverbände protestieren gegen Entgeltunterschiede

KOOPERATIONEN

Die Kooperationen 2009 auf einen Blick

AKTUELLES

Einer der Schwerpunkte in der Arbeit des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen 2009 / Fragebogenaktion zur Schulerfahrung

Vereinte Nationen: Behinderte haben Recht auf Bildung und Arbeit

Kürzlich ist in Deutschland die Konvention zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen in Kraft getreten, die im Dezember 2006 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Die UN-Behindertenrechtskonvention stellt einen Meilenstein in der internationalen Behindertenpolitik dar.

Sie ist das erste internationale Dokument, das Behindertenpolitik aus dem Blickwinkel der Menschenrechte betrachtet und den Vertragsstaaten ausdrücklich Pflichten auferlegt. Zweck der UN-Behindertenrechtskonvention ist es, die volle und gleichberechtigte Ausübung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle behinderten Menschen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten. Die Konvention konkretisiert die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ aus dem Blickwinkel behinderter Menschen, wie zum Beispiel das Recht auf eine unabhängige Lebensführung, auf Bildung sowie das Recht auf Arbeit und Beschäftigung. Mit der Genehmigung der Konvention ist Deutschland nun in der Pflicht, den gemeinsamen

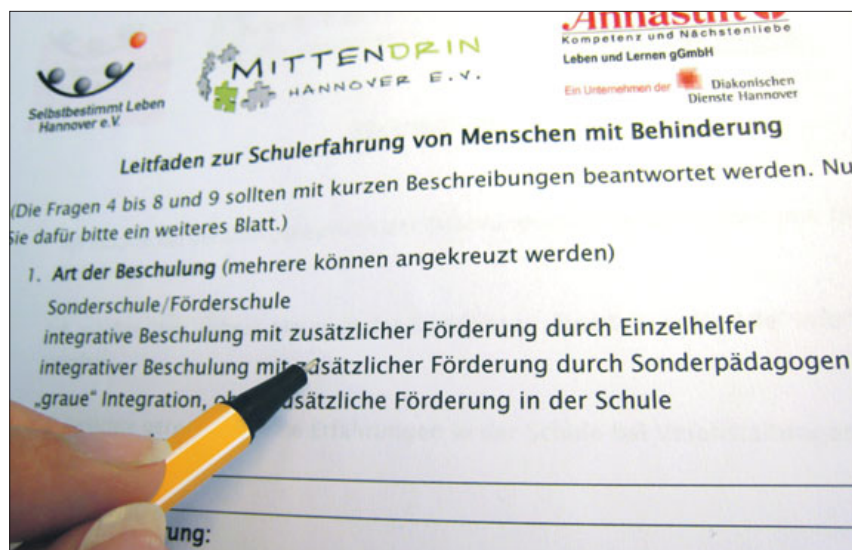


Adolf Bauer

Schulbesuch behinderter und nicht behinderter Kinder voranzubringen. Was in Europa längst die Regel ist, bleibt in Deutschland noch immer die Ausnahme: Nicht mal 16 Prozent aller behinderten Kinder können eine Regelschule besuchen; fast 85 Prozent werden auf die Sonderschule verwiesen. Hier sind besonders die Länder und Kommunen in der Pflicht, ein integratives Schulsystem zu schaffen. Bei der besonderen Schulform der integrativen Schule ist die Zahl be-

sonders alarmierend: Lediglich 4,7 Prozent der Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf besuchen diesen Schultyp. Das Land ist damit Schlusslicht im bundesweiten Vergleich. Die inklusive Bildung soll aus diesem Grunde zu einem wichtigen Schwerpunktthema der Arbeit des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen im Jahr 2009 werden. Denn eine Schule für alle, die nicht ausschließt, sondern Kinder in ihrer Vielfalt anerkennt und einbezieht, kommt allen zugute.

Wie wichtig dem Verband das gemeinsame Lernen behinderter und nicht behinderter Kinder ist, wurde bereits in den auf der Bundesverbandstagung im Januar verabschiedeten zehn Grundsatzforderungen deutlich zum Ausdruck gebracht. Außerdem hat der niedersächsische SoVD-Landesverband bereits zu Beginn des Jahres zu einem Runden Tisch „Inklusive Bildung“ eingeladen und mit Experten aus den Parteien und dem niedersächsischen Kultusministerium diskutiert. „Wir werden uns mit gebündelter Kraft für ein inklusives Bildungssystem in Niedersachsen einsetzen“, betonte der Lan-



Das Bündnis „Eine Schule für alle“ befragt Menschen mit Behinderungen zu ihren Erfahrungen mit dem deutschen Schulsystem.

desvorsitzende Adolf Bauer im Rahmen der Gesprächsrunde. Des Weiteren unterstützt der Landesverband eine Fragebogenaktion zur Schulerfahrung von Menschen mit Behinderungen des Aktionsbündnisses „Eine Schule für alle“. Diesem Aktionsbündnis gehören unter anderem die Organisationen „Selbstbestimmt Leben Hannover e.V.“ und „Mittendrin Hannover e.V.“ an. Hintergrund dieser Befragung ist es, Erfahrungen von Menschen mit Behinderungen

zu sammeln, die sie mit Schulen in Niedersachsen gemacht haben. Diese Erfahrungsberichte sollen in die Anhörung im Kultusausschuss des Landtages eingebracht und dem Kultusministerium offiziell übergeben werden. Interessierte können den Fragebogen als pdf-Dokument auf der Homepage des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen (www.sovd-nds.de) in der Rubrik Soziales/Behinderung herunterladen.

Wechsel im Landesamt für Soziales

„Von Vertrauen geprägt“



Claudia Schröder freute sich über das Geschenk von SoVD-Landesgeschäftsführer Dirk Swinke zum Amtsantritt.

An der Spitze des Niedersächsischen Landesamtes für Soziales, Jugend und Familie in Hildesheim fand ein Wechsel in der Führung statt.

Nach langjähriger Tätigkeit für die Behörde ging nun der bisherige Leiter, Dr. Reinhard Gelhausen, altersbedingt in den Ruhestand. Seine Nachfolgerin wird die 49-jährige Claudia Schröder, die bislang stellvertretende Präsidentin des Landesamtes war.

In der Feierstunde bedankte sich Dirk Swinke, Geschäftsführer des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen, stell-

vertretend für die Sozialverbände SoVD und VdK sowie den Bundesverband für Rehabilitation für die gute Zusammenarbeit der vergangenen Jahre. „Wir haben in der Kommunikation immer Gesprächs- und Kooperationsbereitschaft erlebt. Unser Umgang war von Fairness und Vertrauen geprägt“, erklärte Swinke in seinem Grußwort.

Der Landesgeschäftsführer wünschte Schröder alles Gute zu ihrem Amtseintritt und ermutigte sie, weiterhin den Dialog mit den Sozialverbänden zu suchen.

Blindengeld beschlossen

Überfällig

Der SoVD-Landesverband Niedersachsen begrüßt die Erhöhung des Landesblindengeldes. Ende März hatte der Niedersächsische Landtag die Anhebung mit den Stimmen der Regierungskoalition beschlossen.

„Dieser Schritt war überfällig, geht aber in die richtige Richtung“, sagt der Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes, Adolf Bauer. „Allerdings ist das Blindengeld in Niedersachsen trotz der Erhöhung auf einem relativ niedrigen Niveau. Auch hier ist Niedersachsen wieder einmal Schlusslicht. Blinde Menschen bekommen noch immer deutlich weniger als vor der Abschaffung im Jahr 2005. Das muss sich ändern. Wenn die Landesregierung blinden Menschen besser integrieren möchte, muss die materielle Unterstützung weiter ausgebaut werden“, fordert Bauer weiter. 2003 lag das Blindengeld noch bei 491,50 Euro, wurde jedoch zwei Jahre später komplett gestrichen. Erst durch massiven Druck der Öffentlichkeit sowie ein vom SoVD-Landesverband Niedersachsen und dem Blinden- und Sehbehindertenverband initiierten Volksbegehren führte die Landesregierung die Zahlung 2007 wieder ein.

Austausch mit Hausärzterverband

Versorgung zukünftig sichern



Die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in Niedersachsen war Thema eines Gesprächs mit dem Deutschen Hausärzterverband, das Edda Schliepack (2.v.l.), 2. Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen, Meike Janßen (links) und Birgit Kloss (rechts) aus der Abteilung Sozialpolitik mit dem Vorsitzenden Dr. Heinz Jarmatz und der Geschäftsführerin Gabriele Reinhold führten. In dem Gespräch erläuterte Jarmatz die Vorstellungen zur Nachwuchsförderung der Hausärzte und den Einsatz von weiterqualifizierten Medizinischen Fachangestellten zur Entlastung der Hausärzte. Nach Ansicht des Hausärzterverbandes sind dies Bausteine, um eine flächendeckende hausärztliche Versorgung zu gewährleisten. Nach dem Gespräch wurde verabredet, dass es auch künftig Austausch zwischen den Verbänden geben soll. „Nur so können Entwicklungen konsequent verfolgt und notwendige Impulse gegeben werden“, sagte Schliepack. Zur Frage der Zukunft der hausärztlichen Versorgung in Niedersachsen hatte es bereits im Februar eine Anhörung im Landtagsausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit gegeben, in der auch der SoVD-Landesverband eine Stellungnahme abgab.